



Dr. Hans-Peter Bartels
Wehrbeauftragter
des Deutschen Bundestages

Vorstellung des 59. Jahresberichts des Wehrbeauftragten, 20. Februar 2018

Ich freue mich, Ihnen heute meinen 3. Jahresbericht als Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages vorstellen zu können.

Schwerpunkt des Berichts bleiben die großen Lücken bei Personal und Material in allen Bereichen der Bundeswehr. Oberhalb der Mannschaftsebene sind 21.000 Dienstposten von Offizieren und Unteroffizieren nicht besetzt. Weil so viel Personal fehlt – Führungspersonal, Ausbilder, Spezialisten –, bleibt der Dienst, der zu tun ist, an den Soldatinnen und Soldaten hängen, die da sind. Das führt nicht selten zu Überlast und Frustration.

Die immer noch kleinste Bundeswehr aller Zeiten hat heute nicht nur *eine* Hauptaufgabe, wie dies in der Epoche vor 1990 die kollektive Verteidigung war oder in der Ära nach 1990 die Auslandseinsätze außerhalb des Bündnisgebietes. Die Bundeswehr muss heute vielmehr beiden Aufgaben als gleichwertigen Hauptaufgaben gerecht werden, das heißt: weiterhin 13 mandatierte Auslandseinsätze von Mali bis Afghanistan *und* gleichzeitig die Beteiligung an der kollektiven Verteidigung in Europa mit der VJTF, der NRF, den ständigen Nato-Flottenverbänden, dem Air Policing im Baltikum und dem Nato-Bataillon in Litauen.

Weil das sehr viel ist, rede ich von Überlast, beispielsweise in Teilen der Marine oder bei den Hubschrauberverbänden von Heer und Luftwaffe.

Gleichzeitig ist die materielle Einsatzbereitschaft der Truppe in den vergangenen Jahren nicht besser, sondern tendenziell noch schlechter geworden. Die

proklamierten „Trendwenden“ für Personal, Material und Finanzen sind unbedingt zu begrüßen. Nur macht die Proklamation allein noch nichts besser.

Deutschlands militärische Lufttransportfähigkeiten zum Beispiel sind mittlerweile so schwach geworden, dass bei den sog. „In“- und „Out“-Flügen in die und aus den Einsatzgebieten teilweise tagelange Verspätungen und Flugabsagen beinahe zur Normalität werden. Das belastet die Soldatinnen und Soldaten und ihre Familien zusätzlich.

Meinen allerersten offiziellen Truppenbesuch als neuer Wehrbeauftragter hatte ich im Frühjahr 2015 bewusst bei dem deutschen Gefechtsverband für die schnelle Nato-Speerspitze, die VJTF, gemacht. Damals wurde mir auf dem Truppenübungsplatz Bergen eine Liste mit 15.000 einzelnen Dingen präsentiert, die aus anderen Teilen der Bundeswehr ausgeliehen werden mussten, damit wenigstens 1000 deutsche Panzergrenadiere der Nato gefechtsbereit zur Verfügung standen.

Das war 2015. Jetzt haben wir 2018, und am System des Hin- und Herleihens hat sich nichts geändert. Die Materiallage bleibt dramatisch schlecht, an manchen Stellen ist sie noch schlechter geworden.

Zum Jahresende waren 6 von 6 deutschen U-Booten außer Betrieb. Zeitweise flog von mittlerweile 14 in Dienst gestellten Airbus A-400M-Maschinen keine einzige Eurofighter, Tornado, Transall, CH-53, Tiger, NH-90 – die fliegenden Verbände beklagen zu recht, dass ihnen massiv Flugstunden für die Ausbildung der Besatzungen fehlen, weil zu viele Maschinen an zu vielen Tagen im Jahr nicht einsatzklar sind.

Bei der Marine das gleiche Bild: Das Ausmustern alter Schiffe klappt reibungslos, termingerecht. Aber die Indienststellung neuer Schiffe klappert um Jahre hinterher. Statt der planmäßig vorgesehenen 15 Fregatten existieren heute nur noch neun. Und bei diesen neun werden die Werftliegezeiten immer länger, weil die Schiffe immer älter

werden, weil Ersatzteile fehlen und weil das Projektmanagement auf Seiten der Bundeswehr wie auf Seiten der Industrie manchmal zu wünschen übrig lässt.

Das Problem der Mangelwirtschaft, der überlangen Instandsetzungszeiten und der systematisch fehlenden Ersatzteile betrifft genauso Heer, Luftwaffe und Streitkräftebasis. Ursächlich hierfür sind Entscheidungen im Zusammenhang mit der Bundeswehrreform 2011.

Für Regierung und Parlament wird es wichtig sein, künftig darauf zu achten, dass neue Waffensysteme (wie es technisch heißt:) „versorgungsreif“ bestellt werden, also einschließlich Ersatzteilen, Prüfgeräten, Simulatoren und Ausbildungsperipherie. In ausreichender Stückzahl. Das wäre dann teurer, aber funktioniert besser.

Zur „Trendwende Finanzen“ kann ich heute nur sagen: Der Trend heißt Hoffnung. All das, was für eine volle Ausstattung zusätzlich gebraucht wird, kostet zusätzliches Geld, das in den Haushalt kommen muss. Dort aber steht bisher noch nichts substanziell Zusätzliches. Im übrigen wurden 2017 wieder 10 Prozent der vom Bundestag bewilligten Rüstinvest-Mittel, 600 Millionen Euro, nicht für Rüstungsbeschaffungen ausgegeben. Da muss der Apparat noch besser werden.

Die Regierung hat nicht unrecht, wenn sie darauf verweist, dass die „Trendwenden“ Zeit brauchen. Aber vielleicht könnte es neben den bisher nicht ausfinanzierten Langfrist-Plänen auch einzelne „Fast-Track“-Projekte geben: besonders liebevoll gemanagte schnelle Lösungen für sichtbare, spürbare Verbesserungen, etwa bei der neuen Kampfkleidung, einschließlich Stiefel. Oder bei Funkgeräten. Oder Nachtsichtbrillen. Oder eine Lösung für das Flugstunden-Desaster bei den Hubschraubern. Viele Soldatinnen und Soldaten wünschen sich an der einen oder anderen Stelle eine Art Befreiungsschlag in Sinne schneller Beschaffungs-Pakete.

Denn die Aufgaben, für die es in Zukunft zusätzliches Personal und Material geben soll, diese Aufgaben sind ja heute schon da. Und die heute aktiven Soldatinnen und

Soldaten müssen sie heute schon jeden Tag meistern – mit dem, was da ist. So gut es geht.

Und das geht nur mit großem Engagement, mit Improvisationstalent, Pflichtgefühl, Solidarität, Kameradschaft und manchmal auch Humor. Viele tun mehr als ihre Pflicht.

Auch deshalb hat die Diskussion um „Führung und Haltung“ im Berichtsjahr erhebliche Unruhe verursacht. Viele Soldatinnen und Soldaten sahen sich einem Generalverdacht gegen alle Bundeswehrangehörigen ausgesetzt. Sie spürten Misstrauen. Dabei setzt das Konzept der „Inneren Führung“, damit es wirksam sein kann, ausdrücklich gegenseitiges Vertrauen von Führung und Geführten voraus. Dieses Vertrauensverhältnis folgt gegenwärtig dem Trend der Zeit, könnte man sagen: Es ist in Reparatur.

Der Jahresbericht beschäftigt sich aus gegebenem Anlass noch einmal mit Grundfragen der Inneren Führung und auch mit den einzelnen Fällen, die im vergangenen Jahr besondere Beachtung gefunden hatten: Pfullendorf, Illkirch, Sondershausen und Munster. Hier geht es um Regelverletzungen, bis hin zu irreversiblen Schäden an Leib und Leben im Fall Munster. Es sind sehr unterschiedliche Vorgänge, die unterschiedlichste Folgen nach sich zogen. Der Bericht beschäftigt sich auch mit erkannten Mängeln in der – manchmal vorschnellen – Konsequenzziehung. Dabei muss klar sein: Aus Fehlern oder Fehlverhalten zu lernen, ist so oder so existenziell für die Bundeswehr.

Ohne konkreten Anlass, aber weil dieser schleichende Trend sonst immer untergeht, thematisiert der Jahresbericht 2017 das Übermaß an Zentralisierung und Bürokratisierung, unter dem Vorgesetzte aller Ebenen leiden, von den Teileinheitführern, Chefs und Spießern bis zum Divisionskommandeur: Die Verregelung von allem und jedem durch tausende von selbstgemachten Bundeswehr-Vorschriften erstickt das Prinzip des Führens mit Auftrag. Persönlich wahrnehmbare, ganzheitliche Verantwortung verschwindet. Verantwortungsdiffusion, Absicherungsmentalität und Ohnmachtsgefühle treten an deren Stelle. Das ist nicht

neu. Das ist bei jedem Truppenbesuch zu hören. Dem entgegenzuwirken, wäre am Ende nicht nur eine Frage der Effektivität, sondern auch eine Frage der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr. Wie dies auch gilt für Dauerthemen wie Pendlerwohnungen, Familienfreundlichkeit, planbare Überstundenregelungen, bessere Infrastruktur, W-LAN und attraktive Sport- und Betreuungseinrichtungen.

Die Zahl der persönlichen, schriftlichen Eingaben ist von 3197 im Jahr 2016 auf 2528 im Berichtsjahr zurückgegangen. Das mag mit der weitgehenden Einnahme der Zielstruktur aus der Bundeswehrreform von 2011 zusammenhängen. Damit sind einige Quellen der Unsicherheit, was den persönlichen Werdegang in der Bundeswehr angeht, endlich versiegt. Das ist gut. Auch die mit den „Trendwenden“ verbundene Perspektive „Aufwuchs“ statt „Abbau“ verbessert die subjektive Lage. Die Zahl der bearbeiteten Vorgänge, einschließlich gemeldeter besonderer Vorkommnisse aus der Truppe, bleibt mit 4173 (2016: 4560) vergleichsweise hoch. Ursächlich hierfür dürfte der Meldeboom im Zusammenhang mit den öffentlich diskutierten Fällen, insbesondere Pfullendorf und Illkirch sein.